

Berlin bremst Islamismus-Prävention aus

Hildesheimer Projekt bekommt kein Fördergeld / Nun Suche nach anderen Töpfen

Von Tarek Abu Ajamieh

Hildesheim. Eine Präventionsstelle gegen radikalen Islamismus wird es in Hildesheim zumindest nicht so bald geben wie erhofft. Das Bundesfamilienministerium in Berlin hat es abgelehnt, das von der Caritas mit Unterstützung der Stadt eingereichte Konzept mit Fördergeld zu unterstützen. Ohne Zuschuss kann sich die klamme Stadt das Vorhaben aber nicht leisten.

Für insgesamt 81 Projekte waren Förderanträge zum Programm „Demokratie leben“ im Ministerium eingegangen. Laut Caritas-Planer Jörg Piprek kamen aber nur 33 davon zum Zuge, mehr gab der Geldtopf nicht

her. 260 000 Euro hatte die Caritas bis 2019 haben wollen, rund 80 Prozent der kalkulierten Gesamtkosten. Den Rest wollte die Stadt zahlen.

„Ich bin natürlich enttäuscht, die genauen inhaltlichen Gründe kenne ich aber noch nicht“, sagte der SPD-Ratsfraktionschef und Landtagsabgeordnete Bernd Lynack am Sonnabend. Er hatte das Projekt Anfang Februar zusammen mit den Grünen im Rat angeschoben. Die Caritas erarbeitete zusammen mit Vertretern anderer Sozialverbände, Behörden, Kirchen und islamischen Vereinen ein Konzept.

Diese Arbeit soll jedenfalls nicht umsonst gewesen sein, betont Lynack: „Ich fand und finde

das Konzept gut, wir müssen nun eben nach anderen Fördermöglichkeiten suchen.“ Dabei habe er städtische Stiftungen ebenso im Blick wie eventuelle Förder-töpfe des Landes. In eine ähnliche Kerbe haut Caritas-Mann Piprek: „Das Konzept passt für Hildesheim, hat aber offenbar nicht alle Prüfkriterien erfüllt – wie die Mehrheit der beantragten Projekte. Nun gehe es darum, neue Geldgeber zu finden. „Die Kofinanzierung durch die Stadt steht ja“, betont Piprek.

Um die nötigen Mittel doch noch nach Hildesheim zu holen, will Bernd Lynack „gleich am Montag“ unter anderem im Sozialministerium vorsprechen. „Ministerin Cornelia Rundt hat

zu dem Thema gesagt: Wenn nicht in Hildesheim, wo dann? „Das sehe ich auch so, daran werde ich sie erinnern“, kündigt der SPD-Politiker an. Nordstadt-Ortsbürgermeister Ekkehard Domning dürfte ihm die Daumen drücken: „Ich finde das sehr bedauerlich“, erklärte der Grünen-Politiker auf Anfrage zu der Absage aus Berlin. „Letztlich sind Präventionsmaßnahmen fast immer billiger, als hinterher mit Repression die Scherben aufzukehren.“

Sicher ist: Wenn überhaupt, werden die Hildesheimer Präventions-Pläne später in die Tat umgesetzt als geplant. Dabei ist die Stadt ohnehin schon spät dran. In den Jahren 2015 und

2016, als Hildesheim als zentrale Anlaufstelle für radikale Islamisten Schlagzeilen machte, war eine solche Einrichtung noch kein Thema. Als es eins wurde, war der wichtigste Prediger der Islamisten, Abu Walaa, bereits verhaftet, wenig später wurde der Deutschsprachige Islamkreis (DIK) verboten, seine Moschee geschlossen.

Für Lynack ist das kein Argument: „Das Thema bleibt wichtig.“ Auch Uwe Kolmey, in Harsum wohnender Präsident des Landeskriminalamtes, hatte die Prävention gerade bei Kindern und Jugendlichen gegenüber der HAZ als zentrales Element des Kampfes gegen den radikalen Islamismus bezeichnet.